

# Medieninfo

2. Juli 2026

## IG BAU begrüßt Schaffung einer staatlichen Wohnbaugesellschaft

Statement des Bundesvorsitzenden der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt, Robert Feiger, zu den Beschlüssen der schwarz-roten Koalition

**Frankfurt am Main** – „Wir begrüßen sehr, dass sich die schwarz-rote Koalition auf die Schaffung einer Wohnungsbaugesellschaft für bezahlbares Wohnen verständigt hat. Dies ist eine langjährige Forderung der IG BAU. Solch eine staatliche Wohnungsbaugesellschaft hat eine hohe Kreditwürdigkeit und Reputation und kann so mittel- bis langfristig für einen Schub beim Bau von Sozialwohnungen und bezahlbarem Wohnraum sorgen.

Hinsichtlich des Verbots einer Verstaatlichung privater Mietwohnungen auf Länderebene habe ich einen anderen Vorschlag: Der Staat sollte bei den großen Wohnungsunternehmen wie beispielsweise Vonovia jeweils die Mehrheiten übernehmen und kann so die jeweilige Geschäftspolitik maßgeblich beeinflussen. Sprich: Den Schwerpunkt auf bezahlbaren Wohnraum legen.

Bei der sogenannten Westbalkanregelung, die Zahl der möglichen Beschäftigungszuwanderung aus Drittstaaten wurde auf 25.000 Beschäftigte halbiert, wurde meiner Ansicht nach eine große Chance vertan. Sie gehört deutlich sozialer ausgestaltet und sollte nur für tarifgebundene Betriebe gelten. Denn auch Arbeitnehmer\*innen aus dem Ausland sollten das Recht haben, hier für eine gute Arbeit auch eine gute Entlohnung zu bekommen.

Die steuerliche Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen von 20 auf 15 Prozent zu reduzieren, könnte zum Eigentor werden: Die Zunahme von illegaler Beschäftigung und Schwarzarbeit ist damit programmiert.“